

DGSF-Rundmail Jugendhilfe /Soziale Arbeit

April 2026

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

passend zur Osterzeit präsentiert das BMBFSFJ einen neuen Gesetzentwurf eines 1. Kinder- und Jugendhilfestrukturereformgesetzes (KJHSRG) mit einer Positionierungsfrist für uns Fachverbände bis 16. April 2026. So sind die Osterferien mit Aufgaben erfüllt, die wenig mit Frühling und Ferien zu tun haben.

Ich habe Ihnen in dieser Mail aber auch noch andere Themen „in den Korb“ gelegt, die Sie vielleicht interessieren: Hier die Themen dieser Rundmail:

Aktuelles von der Bundesebene

- **Entwurf eines „Ersten Kinder- und Jugendhilfestrukturereformgesetzes – 1. KJHSRG“**
- **SGB II-Reform von Bundestag entgegen Einwände aus der Kinder- und Jugendhilfe beschlossen**
- **AGJ: Einschätzungen zu den kinder- und jugend(hilfe)politischen Vorhaben der Bundesregierung**
- **Konzept Grundschule und der Ganztagsbetreuungen neu denken**

DGSF-intern

- **Tagungsbericht Digitaler Fachtag der DGSF am 2.03.2026: Hingeschaut, nicht wegeschaut – was tun, wenn`s schief läuft?**
- **Fachkongress „Kooperation zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen im Kinderschutz“**

Ein Kessel Buntes von hier und dort

- **Medienerziehung: Mein Freund, der Chatbot?**
- **Orientierungshilfe: Rassismuskritische Vormundschaft für unbegleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche**

Herzliche Grüße aus Köln und eine schöne Frühlingszeit wünscht Ihnen

Birgit Aeverbeck

Fachreferentin für Jugendhilfe/-politik und Soziale Arbeit

Wenn Sie die DGSF-Rundmail-Jugendhilfe, die in unregelmäßigen Abständen erscheint, nicht mehr bekommen möchten, reicht eine kurze Info per Mail. Bitte entschuldigen Sie Doppelsendungen, sie lassen sich aufgrund unterschiedlicher Verteiler leider nicht verhindern.

Aktuelles von der Bundesebene

1. **Entwurf eines „Ersten Kinder- und Jugendhilfestrukturereformgesetzes – 1. KJHSRG“ liegt vor!**

Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) hat einen Entwurf eines inklusiven Jugendhilfegesetzes vorgelegt, der den Begriff Inklusion jedoch

nicht mehr in der Gesetzesbezeichnung enthält. Der Entwurf sieht die Zusammenführung der Zuständigkeiten für Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII ab 1.1.2028 vor und soll damit die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention Rechnung erfüllen, die eine Ausrichtung aller staatlichen Maßnahmen an einer Inklusionsperspektive verlangt. Der 2024 von der Ampelregierung beschlossene Gesetzentwurf zur Ausgestaltung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz – IKJHG) war aufgrund des Bruchs der Koalition gescheitert.

Der Gesetzentwurf sieht über die inklusive Lösung hinaus unter anderem die folgenden Änderungen vor:

1. Einführung eines infrastrukturellen Angebots der Bildungsassistenz zur Erfüllung des individuellen Rechtsanspruchs auf Anleitung und Begleitung in Kindertageseinrichtungen, Schulen oder Hochschulen im Rahmen von Hilfe zur Erziehung oder Eingliederungshilfe;
2. Vorranggebot im Hinblick auf Infrastruktur- und Regelangebote sowie Hilfen und Maßnahmen der Jugendsozialarbeit bei Jugendlichen und jungen Volljährigen gegenüber erzieherischen Hilfen;
3. besserer Schutz für Pflegekinder bei der Unterbringung in Pflegefamilien außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Hilfe gewährenden Jugendamts;
4. Bürokratieabbau und Vereinfachung in den Verfahren zur Aufnahme und Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Ausländer:innen;

Es ergeben sich neben der positiv zu bewertenden Zusammenführung der Hilfen für **alle** Kinder, Jugendlichen und junge Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe einige neue Rechtsnormen, die in der Umsetzung sehr problematische Auswirkungen haben können. Die DGSF wird sich bemühen, bis zum 16.4.2026 eine Positionierung zu dem Gesetzentwurf zu veröffentlichen.

Das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) hat am 30.3.2026 eine hilfreiche Synopse zum 1. KJHSG-E mit farblichen Kennzeichnungen der Änderungen veröffentlicht: <https://dijuf.de/>

2. **SGB II-Reform von Bundestag entgegen Einwände aus der Kinder- und Jugendhilfe beschlossen**

Der Bundestag hat am 5.3.2026 den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende beschlossen. Mit dem Gesetz wird das bisherige Bürgergeld durch eine neue Grundsicherung ersetzt. Auch werden verschärfte Regeln für Leistungsbeziehende eingeführt. Das Gesetz tritt schrittweise ab 01.07.2026 in Kraft.

Während des parlamentarischen Verfahrens hatte sich ein breites Bündnis aus 38 Organisationen und Verbänden mit einem Offenen Brief an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD gewandt. Es forderte insbesondere den Verzicht auf Sanktionen, die Kinder mitbestrafen, die Beibehaltung der Karenzzeit für Wohnkosten sowie eine realitätsnahe Berechnung der Regelbedarfe. Zudem hatten die Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie e. V. und die Erziehungshilfeverbände – AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e. V., Bundesverband Caritas Kinder- und Jugendhilfe e. V. (BVKE), Evangelische Erziehungshilfeverband e. V. (EREV) und Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen e. V. (IGfH) – gemeinsam einen Zwischenruf veröffentlicht. Darin äußerten wir ebenfalls erhebliche Bedenken hinsichtlich der geplanten Ausweitung von

Sanktionen und deren Auswirkungen auf Kinder und die Kinder- und Jugendhilfe (**s. DGSF-Rundmail v. 06.02.2026**).

Prof. Dr. Nikolaus Meyer von der Hochschule Fulda formuliert in einem Beitrag für die Zeitschrift das JAmt mögliche Auswirkungen auf Jugendämter und ordnet die neue Gesetzeslage fachpolitisch und rechtlich ein:

https://dijuf.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Meyer_JAmt_2026_130.pdf

3. AGJ: Einschätzungen zu den kinder- und jugend(hilfe)politischen Vorhaben der Bundesregierung

Die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) nimmt die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für die 21. Legislaturperiode skizzierten Vorhaben in den Blick, die die Lebenslagen, Rechte und Chancen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien besonders betreffen. Es wird begrüßt, dass zentrale kinder- und jugendpolitische Reformprozesse – darunter die inklusive Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe, die Qualitätsentwicklung in der frühkindlichen Bildung, der Ausbau ganztägiger Bildungsangebote, die Stärkung des digitalen Kinder- und Jugendschutzes, die Weiterentwicklung des Kinderschutzes – politisch priorisiert werden.

Die Stellungnahme bündelt die Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe auf die angekündigten Vorhaben und legt dar, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit junge Menschen tatsächlich von den geplanten Maßnahmen profitieren. Dazu gehören:

- die verbindliche Umsetzung der sog. „Inklusiven Lösung“ im SGB VIII,
- die strukturelle Sicherung frühkindlicher Bildung,
- die gleichberechtigte Zusammenarbeit von Schule und Kinder- und Jugendhilfe im Ganzttag,
- der Ausbau digitaler Teilhabe,
- eine konsequente Armutsprävention und -bekämpfung,
- die Stärkung der Rechte junger Menschen im Kinderschutz und im gesamten institutionellen Gefüge des Aufwachsens
- eine ressort- und rechtsgebietsübergreifende Zusammenarbeit.

Die AGJ hebt hervor, dass die Rechte und Bedarfe besonders vulnerabler Gruppen, insbesondere geflüchtete junge Menschen und deren Anspruch auf Schutz, Versorgung, Bildung und Teilhabe konsequent umzusetzen seien. Die AGJ spricht sich zudem gegen eine Absenkung der Strafmündigkeit aus und betont die Stärkung queerer junger Menschen im Rahmen des Selbstbestimmungsgesetzes:

[StN kinder- und jugendpolitische Vorhaben der Bundesregierung.pdf](#)

4. Deutsches Jugendinstitut (DJI): Konzept Grundschule und der Ganztagsbetreuungen neu denken

Der neue gesetzliche Anspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung für Grundschul Kinder bringt große Chancen, aber auch Herausforderungen mit sich, zeigt die neue Ausgabe des Forschungsmagazins DJI Impulse. Dabei gehe es nicht nur darum, Unterricht weiterzuentwickeln, sondern auch andere Angebote in den Alltag der Kinder zu integrieren. Mit dem Ganzttag befinden sich Schulen in einem Prozess, der dauerhaft fortgesetzt werden muss.

In einem Videobeitrag macht DJI- Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger deutlich, dass Teams aus den verschiedenen Disziplinen – Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte –, die

unterschiedliche Angebote miteinander verbinden, vor großen Herausforderungen stehen, weil sehr verschiedene Selbstverständnisse und Handlungslogiken aufeinandertreffen. Des Weiteren geht sie mit einem systemischen Blick darauf ein, dass der Ganztags weniger prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie gute Personalkonzepte und Führung braucht und bei der Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität Elternbedarfe und Wünsche der Kinder stärker mitbezogen werden müssen. Zum Videobeitrag:

<https://www.dji.de/veroeffentlichungen/aktuelles/news/article/1721-das-konzept-grundschule-muss-neu-gedacht-werden.html>

DGSF intern

5. Tagungsreflexion des Fachtags „Hingeschaut statt Weggeschaut: Was tun, wenn es schief läuft?“ am 02.03.2026

Am 2. März 2026 fand mit über 250 Teilnehmenden der sehr gut besuchte 5. Online-Fachtag in der Hingeschaut-Reihe der Qualitätsoffensive der DGSF zu den ambulanten Erziehungshilfen statt. Der inhaltliche Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf schwierigen Prozessen mit Familien, den Anteilen von Helfersystemen und den Potentialen von Fachkräften, Einfluss zu nehmen und Eltern und junge Menschen im Boot zu halten.

Marie-Luise Conen stellte in ihrem inspirierenden Vortrag „**War da mal was? Ansprüche, Realitäten und Möglichkeiten in der Familienarbeit**“ ihre Expertise aus über 40 Jahren praktischer aufsuchender Familientherapie zur Verfügung und konnte die Aktualität „vergänger“ Ideen, gegenwärtige Hindernisse und die Notwendigkeit von Veränderungen auf der Helferebene deutlich machen. Besonders Anschlussfähig war ihre von Salvador Minuchin übernommene Metapher des Familiantanzes, den es in der aufsuchenden Arbeit zunächst zu verstehen gilt, bevor er durch kleine neue Probeschritte langsam im Tempo der Familie geändert werden kann.

In einem 2., die Teilnehmenden engagiert mitnehmenden Vortrag, stellte Mike Seckinger, Deutsches Jugendinstitut (DJI), die Frage „**Was brauchen Eltern und Kinder von den ambulanten Hilfen?**“ aus Sicht der Wissenschaft. Überraschender Weise erscheint das Wissen darüber wenig systematisiert. Vielfach wird nur „um die Ecke“ über die Perspektive von Fachkräften erfasst, was Kinder und Eltern denn brauchen könnten. Seckinger stellte einzelfallübergreifende Aussagen auf der Basis von Forschungsergebnissen vor und Bezug auch deutlich fachpolitisch Stellung, u.a. dahingehend, dass die Folgen von Armut nicht mit pädagogischen Maßnahmen abgeschafft werden können.

Der Fachtag fand dialogisch zwischen Praxis, Wissenschaft und Familien statt. Relevante Fragen wurden gemeinsam mit Eltern und jungen Menschen erörtert, die in berührender Weise über ihre Erfahrungen mit aufsuchenden Hilfen berichteten und Empfehlungen für hilfreiches Handeln von Fachkräften geben konnten. In Workshops waren Fachkräfte und Familien gleichermaßen eingeladen, ihre Erfahrungen mit schief laufenden Hilfedynamiken und ihren jeweiligen Einflussmöglichkeiten zu teilen.

Die Aufzeichnung der Vorträge und des Fishbowls zu den Ergebnissen der Workshops finden Sie in Kürze hier: <https://www.erklaerstudio.de/hingeschaut2026>

Hinweis und Einladung:

Wenn Sie aufsuchende Erziehungshilfen erhalten haben, freuen wir uns über anonymisierte Erfahrungsberichte. Bitte nennen sie keine Namen, Träger und Städte. Es ist geplant, einen

Erfahrungspool zusammenzustellen, der für Fortbildungen von Fachkräften genutzt werden kann. Bitte senden Sie Ihren Bericht an birgit.averbeck@dgsf.org.

6. Fachkongress der Kinderschutz-Zentren, der Deutschen Liga für das Kind und der DGSF am 25.-26.06.26 in Leipzig „Kooperation zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen im Kinderschutz“

In den fachpolitischen Debatten der letzten Jahre hat sich die Kooperation zwischen Gesundheitswesen und Jugendhilfe zu einer Art Leitformel gelingenden Kinderschutzes herauskristallisiert. In der konkreten Fallpraxis hingegen wird deutlich, dass diese Kooperation durchaus nicht selbstverständlich ist und Aufgaben und Verständnisse unterschiedlicher Berufsgruppen mitunter aufeinander prallen statt zu harmonisieren und Anspruch und Wirklichkeit immer wieder auseinanderfallen.

Für die beteiligten Kinder und ihre Familien ist es jedoch von erheblicher Bedeutung, wie vertrauensvoll und professionell die Arbeit mit den einzelnen Verantwortlichen, aber auch ihre Zusammenarbeit untereinander ist und wie sie als Betroffene einbezogen und an Handlungswegen beteiligt werden. Die Fachtagung zielt auf eine stärkere Sensibilisierung, Differenzierung und Professionalisierung des Themas Kooperation zwischen früher Unterstützung (Prävention) und Kinderschutz ab. Kooperation wird dabei als Haltung und als ein Raum von Möglichkeiten der Arbeit im Kinderschutz fokussiert.

Programm und Anmeldungen: https://www.kinderschutz-zentren.org/wp-content/uploads/2025/12/Programm_Fachkongress_Leipzig_2026.pdf

Ein Kessel Buntes von hier und dort

✚ Medienerziehung: Mein Freund, der Chatbot? Warum das für Kinder problematisch ist und was Eltern tun können

Im Rahmen des Safer Internet Days 2026 weist der Elternratgeber FLIMMO auf die zunehmende Einflussnahme von Chatbots auf Kinder und Jugendliche hin. Ob Stress in der Schule, Streit mit der besten Freundin oder die scheinbar banale Frage: „Was ziehe ich heute an?“, Chatbots sind manchmal mehr als nur praktische Helfer bei den Hausaufgaben. Sie geben vor, zuzuhören, geben Ratschläge, trösten und sind jederzeit verfügbar. Was daran problematisch sein kann und wie Eltern mithilfe von Magazinen, Filmen oder Serien mit ihren Kindern darüber ins Gespräch kommen können finden Sie hier: <https://www.flimmo.de/redtext/101596/mein-freund,-der-chatbot-warum-das-fuer-kinder-problematisch-ist-und-was-eltern-tun-koennen>

✚ Orientierungshilfe: Rassismuskritische Vormundschaft für unbegleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche

Der Bundesfachverband Minderjährigkeit und Flucht (BuMF) hat eine neue Orientierungshilfe zur rassismuskritischen Praxis in der Vormundschaft für Vormund*innen und Fachkräfte, die unbegleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche begleiten, veröffentlicht. Sie gibt Impulse für eine kritisch-reflexive Praxis und zeigt auf, wie Vormund*innen Diskriminierungserfahrungen ihrer Mündel erkennen, ernst nehmen und ihnen entgegenwirken können. Ausgangspunkt ist die rechtliche Verpflichtung von Vormund*innen, die Rechte und das Wohl ihrer Mündel zu

wahren – einschließlich des Rechts auf Nichtdiskriminierung. Sie finden in der Arbeitshilfe auch Hinweise für kollegiale Reflexion, institutionelle Einflussnahme und Vernetzungen.

<https://b-umf.de/src/wp-content/uploads/2026/02/2026-03-02-rassismuskritische-vormundschaft-orientierungshilfe-final.pdf>

Und ganz zum Schluss:

***„Wenn man vor dem Abgrund steht, dann ist der Rückschritt ein Fortschritt“
Friedensreich Hundertwasser***